

*Gotthard, Breit/Siegfried, Schiele (Hg.), Werte in der politischen Bildung, Schwalbach/Ts. 2000*

In der Tradition des Beutelbacher Konsenses stehend hat Siegfried Schiele – Mitherausgeber des Bandes – Bad Urach mittlerweile zu einer zentralen Stätte der Werte-Diskussion in der Politikdidaktik gemacht. Der vorliegende Band geht auf die Fachtagung vom Februar 2000 zurück. Er beschränkt sich aber nicht auf die Vorträge der Tagung, sondern versammelt überdies zahlreiche Beiträge, die von außen herangeholt wurden, um die Diskussion in der Disziplin möglichst facettenreich darzustellen. Die systematische Zuordnung der 24 Einzelbeiträge zu 5 Kapiteln sowie die Summaries am Schluß ermöglichen dem Leser einen sinnvollen Zugriff auf den umfangreichen Band. Die Literaturlauswahl am Ende des Bandes enthält manches Veraltete und Überflüssige, manches Andere fehlt dagegen.

*Siegfried Schiele* benennt einleitend Möglichkeiten und Grenzen der politischen Bildung zur Werteerziehung. Sein Credo: Um zu Demokratie erziehen zu können, muß Schule eine demokratische Schulkultur pflegen. Dieser in der Disziplin verbreiteten Auffassung folgen auch die praxisbezogenen Erläuterungen im Schlußkapitel des Bandes. Daß Werte gelebt werden müssen und daß die dabei statthabende Praxis im Politikunterricht reflexiv bearbeitet werden muß, ist insofern eine von der Einleitung und dem Schlußkapitel her den gesamten Band umspannende Position, die in den Einzelbeiträgen immer wieder aufscheint.

*Werte und Wertewandel:* Mit Bezug auf die empirischen Studien von Inglehart und Klages zeigen *Silvia* und *Martin Greiffenhagen*, daß mit Postmaterialismus und Selbstentfaltungstreiben Maßstäbe des Freizeitbereichs ausstrahlen und in anderen Bereichen durchaus positive Effekte zeitigen. Deshalb ist auch im Bereich der Politik ein Rückzug aus institutionellen Bindungen nicht gleichbedeutend mit einem Verlust an Engagement. Wegen einer gewissen Institutionenverdrossenheit kann allerdings der Staat – so *Ansgar Klein* und *Rudolf Speth* – dieses Engagement nicht einfach erzeugen. Dem Bürger muß die Demokratie eben auch zugestehen, daß er nicht Anteil nimmt an öffentlichen Angelegenheiten. Wenn eine demokratische Ordnung dennoch

ein Minimum an Engagement braucht, dann ist dieses nur über eine gelebte demokratische Kultur erreichbar. *Thomas Gensicke* und *Ulrich Sarcinelli* konkretisieren in ihrem Beitrag hierfür die Bedingungen, indem sie auf die empirischen Befunde zum Freiwilligenengagement in den kleinen politischen Einheiten des Vereinswesens hinweisen.

*Werte, Schule und Bildung:* *Bernhard Sutor* weist auf die schwierige Verbindung von theoretischen Ethikbegründungen zu einem für die politische Praxis tragfähigen normativen Konzept hin. Die bestehende Diskrepanz könne nur mit politischer Klugheit überwunden werden. Sie schütze vor unpolitischer Gesinnungsethik, die aus den hehren Werten theoretischer Ethikmodelle politisches Handeln ableitet. Gute politische Institutionen können dabei ihre Bürger ein Stück weit „von ständiger moralischer Anstrengung (entlasten)“. Dennoch muß politische Ethik auf die Urteilskraft der Bürger bauen, die mit kategorialer Bildung in einem dialogisch-kommunikativen Lernprozeß zu fördern wäre.

Mit Bezug auf die Ergebnisse der Wertewandelforschung bei Klages erörtert *Gerd Hepp* die Bedeutung des „aktiven Realisten“ für die Schule. Diesem sich im Vormarsch befindenden Wertewandeltyp gelingt es, die Bewahrung des Bewährten mit einer offenen Entwicklungsperspektive zu verknüpfen. Möglicherweise trägt der Typus des aktiven Realisten durchaus dazu bei, daß Elemente der Bürgergesellschaft auch in der Schule verwirklicht werden. Umgekehrt kann vielleicht das Übertragen von Verantwortung an Schüler und eine stärkere Partizipation durchaus auf die weitere Verbreitung dieses Sozialisationstypus zurückwirken.

Was andernorts mit Blick auf Jugend bisweilen als „Werteverfall“ kritisiert wird, ist nach *Gisela Behrmann* eine auf Jugend als eigenständige Phase und Milieu bezogene – aus der Perspektive der Erwachsenen allerdings „unkonventionelle“ – Wertorientierung. Wert-erziehung funktioniert daher gut als Selbsterziehung im jugendlichen Milieu und weniger gut in den Sozialisationsinstanzen, die in ihrer Struktur von den jugendlichen Milieus abweichen und Sozialisation auf eine „Einkündigung in das Erwachsenenalter“ verengen.

Die Gesellschaft richtet nach *Peter Mas-sing* an die Institution Schule konkurrierende Ansprüche. Der Forderung nach besseren

Qualifikationen steht der Ruf nach mehr Erziehung gegenüber. In ihrer heutigen institutionellen Form gelingt es der Schule kaum, diese Ansprüche auszubalancieren. Da Ansprüche immer in einem konkreten politischen und sozialen Kontext formuliert werden, würden durch Kultusbürokratien zentral ausgerichtete Regelungen die konkreten Bedürfnisse vor Ort immer verfehlen. Massing begründet daraus die Forderung nach mehr Autonomie für die Einzelschule. Nach *Wolfgang Sander* erfüllt gegenwärtig die Schule v.a. ihre Erziehungsfunktion unzureichend. Mit Beispielen versucht er zu belegen, daß Unterrichtskultur und Schulleben aus der Perspektive der Kinder sich gegen eine *demokratische* Werterziehung eher sperren. Einen Ausweg sieht er im Rückgriff auf Konzepte, die in der pädagogischen Diskussion zwar längst bekannt sind, aber in der Praxis noch unzureichend berücksichtigt werden: Werterziehung als Wertklärung, Förderung politisch-moralischer Urteilskompetenz und Förderung von Empathiefähigkeit.

Als Fachmann für philosophische Ethik wagt *Georg Lohmann* einen Blick in die benachbarte Politikdidaktik. Angedeutete Vermutungen über deren Zustand führen ihn zu der Forderung, daß „für die schulische Urteilsbildung (...) ein Grundwertekanon nicht einfach als vorgegeben übernommen werden kann“. Dabei rennt *Lohmann* jedoch offene Türen ein. Insofern kann er sich politikdidaktischer Zustimmung sicher sein, wenn er v.a. in der sozialetischen Reflexivität von Urteilen einen Ausweg aus dem Risiko sieht, daß autonome Urteilsprozesse auch scheitern können.

*Werte im Politikunterricht*: Unter dem Zwang der Systematik des Sammelbandes stehend, beschränkt sich *Joachim Detjen* bei seiner Würdigung des Kohlberg-Ansatzes auf dessen Bedeutung für den Fachunterricht. Die vielfach festgestellte Schwierigkeit, komplexe politische Problemsituationen in diskutierbare Dilemmata zu konvertieren, nimmt er zum Anlaß, die Brauchbarkeit des Kohlberg-Konzepts für den Politikunterricht stark zu relativieren. Der Sammelband spiegelt hier möglicherweise einen Diskurs wider, der auf der Uracher Tagung nicht zutage getreten war. *Sibylle Reinhardt* sieht nämlich trotz aller Einwände die Möglichkeiten der Dilemma-Methode optimistischer. Basiert auf dem Zielwert „Solidarität“ beschreibt sie an Hand eines Un-

terrichtsmodells die Möglichkeiten der Dilemma-Methode zur Entwicklung einer Streitkultur. Dabei bezieht Reinhardt das Schulleben ausdrücklich mit ein und formuliert in Anlehnung an Honneths Theorie der Anerkennung Thesen zur Werte-Bildung in der Schule insgesamt. In der Frage nach einem Unterrichtskonzept knüpft *Peter Henkenborg* an Sutors Konzept einer kategorialen Strukturierung des Lernprozesses an. Zu fragen wäre allerdings, ob es notwendig und für den planenden Politiklehrer hilfreich ist, das kategoriale Instrumentarium, das doch eine gewisse Allgemeingültigkeit beansprucht, so weit ausdifferenzieren, wie dies Henkenborg tut. *Gottfried Breit* untersucht die Frage, auf welchen Werten die pluralistische Demokratie beruht und wie diese Werte im Politikunterricht transportiert werden können. In Beantwortung der Frage, wie man im Politikunterricht von der kognitiven Leistung der „Anbahnung eines Grundrechtsverständnisses“ zu den habituellen Kompetenzen gelangt, hebt *Gerhard Himmelmann* die Bedeutung von praktischen Prozessen der Identitätsbildung hervor. Gelingende Identitätsbildung sei eine bedeutsame individuell-subjektive Konstitutionsbedingung der Demokratie. Wie Reinhardt bezieht sich auch Himmelmann auf die Wechselseitigkeit von Anerkennungsverhältnissen, die in den Unterricht hineinwirken müssen, um „Demokratie-Lernen“ zu ermöglichen.

Als Fazit kann festgestellt werden, daß der vorliegende Sammelband einen gelungenen Überblick über den fachdidaktischen Stand der Diskussion bietet. Was vielleicht fehlt, ist die Reflexion der eigenen Geschichte, also eine Bearbeitung der Frage, welchen Beitrag die politische Bildung in ihren konzeptionellen Entwürfen zu einem normativen Konzept heute noch leisten kann.

Armin Scherb

*Hans-Peter Kuhn, Mediennutzung und politische Sozialisation. Eine empirische Studie zum Zusammenhang zwischen Mediennutzung und politischer Identitätsbildung im Jugendalter, Leske + Budrich, Opladen 2000*

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Jugendgewalt haben dazu geführt, daß in den letzten Jahren Fragen der politischen Sozialisation von Kindern und Jugendlichen wieder

stärker in das Blickfeld sozialwissenschaftlicher Forschung gerückt sind. In diesem Zusammenhang werden auch immer wieder die Auswirkungen der Massenmedien diskutiert. Dies geschieht in der Regel – vor allem in der Pädagogik – moralisierend und im Modus der Kulturkritik. Tatsächlich aber existieren kaum sozialwissenschaftliche Untersuchungen zur Wirkung von Massenmedien, so daß die pädagogische Diskussion empirisch auf tönernen Füßen steht. Die vorliegende Arbeit von Hans-Peter Kuhn ist eine der wenigen pädagogisch motivierten, empirischen Forschungen zu den positiven oder negativen Auswirkungen von Massenmedien, insbesondere des Fernsehens auf die politische Sozialisation von Jugendlichen. Eines der großen Verdienste des Buches liegt darin, daß der Autor neben der eigenen empirischen Wirkungsanalyse, eine präzise Zusammenfassung des Forschungsstandes unterschiedlicher Wissenschaftsdisziplinen zur politischen Sozialisation und Identität in Verbindung zur Medienwirkung gibt. Schon dieser Teil, wie die systematische Analyse der wichtigsten Theorien zur Medienwirkung, machen das Buch überaus informativ und lesenswert. Auch daß der Autor durchgängig Fragen der Geschlechterdifferenz berücksichtigt, gehört zu den bemerkenswerten Leistungen. Im Zentrum der empirischen Analyse steht die Frage nach der konkreten Auswirkung von Mediennutzung auf die politische Identitätsbildung bei Jugendlichen. Die Daten stammen aus einem Teilprojekt einer

Longitudinalstudie zur „Akzeptanz und Wirkung des Kabelfernsehens“, die zwischen 1986 und 1988 in West-Berlin durchgeführt wurde. Um die Rolle der Massenmedien im Prozeß politischer Sozialisation von Jugendlichen erfassen zu können, hat Kuhn ein Teilkonzept des politisch mündigen Bürgers entwickelt mit vier Indikatoren politischer Identitätsbildung: Politisches Interesse, politisches Kompetenzbewußtsein (die Überzeugung, Politik zu verstehen und politisch etwas bewirken zu können), politisches Vertrauen und politische Beteiligungsbereitschaft. Zusammenfassend kommt er zu folgenden Ergebnissen: Eine häufige Nutzung von Fernsehen zur politischen Information wirkt sich positiv auf politisches Interesse im Jugendalter aus, fördert die Entwicklung von politischem Kompetenzbewußtsein sowie politischer Beteiligungsbereitschaft. Sie hat allerdings keine Auswirkungen auf politisches Vertrauen. Ein negativer Einfluß der Fernsehunterhaltung ließ sich dagegen bei keinem dieser vier Indikatoren feststellen. Auch wenn diese Ergebnisse, vor allem auf Grund der Stichprobengröße, noch weiterer empirischer Absicherung bedürfen, so ist die Arbeit dennoch geeignet, die gängige Kritik am Fernsehen bezogen auf politische Bewußtseinbildung erheblich zu erschüttern. Das Buch sei allen Pädagogen, vor allem allen politischen Bildnern nachdrücklich zur Lektüre empfohlen.

*Peter Massing*